

14. Mai 1970: Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU Maßnahmen für die bilateralen Beratungen mit der Führung der DDR*

Zur Frage der bilateralen Beratungen mit den deutschen Freunden

1. Den von der Abteilung des ZK der KPdSU und dem Außenministerium der UdSSR eingereichten Überlegungen zu den Beratungen mit der Delegation der DDR im Zusammenhang mit dem Treffen von W. Stoph und W. Brandt in Kassel ist unter Berücksichtigung des bei der Sitzung des Politbüros des ZK vorgenommenen Meinungsaustausches zuzustimmen (Anlage).

2. Die organisatorischen Maßnahmen im Zusammenhang mit den bilateralen Beratungen mit den deutschen Freunden sind zu bestätigen (Anlage).

Geheim

Unterlagen für die Gespräche mit den deutschen Freunden**

Das Politbüro des ZK der KPdSU unterzog das Schreiben von Gen. W. Ulbricht vom 5. Mai d. J. sowie die diesem beigelegten Unterlagen, welche sich auf das bevorstehende Treffen von Gen. W. Stoph mit dem Kanzler der BRD, Brandt, beziehen, einer sorgfältigen Prüfung. Unserer Ansicht nach bringen sowohl der Entwurf der Grundsatzklärung des Leiters der DDR-Delegation als auch die Konzeption für das Abschlussgespräch in Kassel exakt die prinzipiellen Richtlinien des ZK der SED in der Frage der Beziehungen mit der BRD zum Ausdruck und sind gut argumentiert. Die von den deutschen Freunden ins Auge gefasste Linie erlaubt es, das Treffen aus einer offensiven Position zu führen, die Hauptprobleme in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD in den Vordergrund zu rücken und die Linie Brandts bloßzustellen, falls sich dieser nach wie vor weigert, die Beziehungen zwischen der BRD und der DDR auf einer für die Beziehungen zwischen souveränen Staaten allgemein Grundlage zu normalisieren.

Wir würden gerne mitteilen, wie wir die Politik Brandts und die Möglichkeiten bewerten, die sich aus der gegenwärtigen Lage für die sozialistischen Länder ergeben und in diesem Zusammenhang einige Überlegungen zum Ausdruck bringen.

1. Wir sind der Meinung, dass das Treffen in Erfurt insgesamt nützlich war und sowohl der DDR als auch den anderen sozialistischen Ländern mehr Pluspunkte brachte als der BRD. Erstens war allein der Umstand, dass das Treffen stattfand, eine anschauliche Bestätigung dessen, dass es zwei souveräne und voneinander unabhängige deutsche Staaten gibt. Das Treffen bekam eine breite Resonanz in der Weltöffentlichkeit und wird zweifellos zu einer Steigerung des internationalen Ansehens und Einflusses der DDR beitragen. Zweitens konnte die DDR überzeugend demonstrieren, dass sie über alle erforderlichen Mittel zur Wahrung ihrer Interessen verfügt und dass das Kalkül Bonns, ihr in der Frage der Beziehungen zwischen den zwei Staaten die westdeutsche Konzeption aufzuzwingen, zum Scheitern verurteilt ist. Drittens musste sich die BRD davon überzeugen, dass die sozialistischen Länder ihre außenpolitischen Schritte eng koordinieren, und dass der Versuch, einen Keil in deren Beziehungen zu treiben, nicht gelingen wird.

* RGANI, F. 3, op. 72, d. 337, S. 4, 6. – Briefkopf des ZK der KPdSU. Streng Geheim. Protokoll Nr. 163 der Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU vom 14. Mai 1970. Punkt 5, vorbereitet und vorgelegt von den Gen. Brežnev, Suslov, Podgornyj, Poljanskij, Mazurov, Gromyko, Kirilenko, Ponomarev, Katušev, Šelepin, Andropov, Demičev. Teilnehmer: Vorsitzender Gen. L. I. Brežnev, die Mitglieder des Politbüros: Gen. A. P. Kirilenko, K. T. Mazurov, A. Ja. Pel'se, N. V. Podgornyj, D. S. Poljanskij, M. A. Suslov, A. N. Šelepin, die Kandidaten des Politbüros: Gen. Ju. V. Andropov, P. N. Demičev, die Sekretäre des ZK: I. V. Kapitonov, K. F. Katušev, F. D. Kulakov, B. N. Ponomarev, M. S. Solomencev.

** Ebd., S. 79–83. – Anlage zu Punkt 5 des Prot. Nr. 163.

Zugleich muss die Tatsache bedacht werden, dass Brandt sich darum bemühte, das Treffen in Erfurt in einem gewissen Maße für seine Ostpolitik zu nutzen, welche letztendlich auf eine Schwächung der Positionen der sozialistischen Gemeinschaft abzielt.

2. Wir stimmen mit den deutschen Freunden darin überein, dass es zielführend sei, sich beim Treffen in Kassel strikt an die prinzipiellen Positionen zu halten, die eine Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage tatsächlicher Gleichberechtigung, der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität und der territorialen Integrität, einer Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des jeweils anderen, sowie einer Anerkennung der Rechte der DDR auf der internationalen Bühne gewährleisten würden, wie dies in einem von den Freunden vorgestellten Vertragsentwurf über die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD vorgesehen wurde.

Wir und auch die deutschen Freunde vertreten die Meinung, dass es beim Treffen in Kassel gilt, sich unbedingt auf die zentralen Fragen im genannten Vertragsentwurf zu konzentrieren. Unserer Ansicht nach sind dies folgende:

- eine von den Regierungen der DDR und der BRD vorzunehmende Anerkennung dessen, was die Beziehungen zwischen diesen Staaten, die Prinzipien der Souveränität, die gegenseitige Unabhängigkeit und Gleichberechtigung sowie die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten betrifft; eine Nichteinmischung bedeutet natürlich die Aufhebung all jener Gesetze in der BRD, welche die Souveränitätsrechte der DDR verletzen;

- die gegenseitige Anerkennung der territorialen Integrität der DDR und der BRD sowie der Grenze zwischen ihnen;

- den Beitritt der DDR und der BRD zur UNO;

- eine Festschreibung des Umstandes, dass die DDR und die BRD in internationalen Angelegenheiten einzig für sich selbst sprechen (nicht für oder im Namen des jeweils anderen); d. h. eine Anerkennung der Souveränität beider Staaten in deren Beziehungen mit Drittländern; die gegenseitige Achtung des jeweiligen Rechts, bei Fragen der Beteiligung an multilateralen Verträgen, Konventionen und internationalen Organisationen selbstständig entscheiden zu können;

- den Verzicht beider deutscher Staaten auf Kernwaffen, die Ergreifung von Maßnahmen zur gegenseitigen Abrüstung und die Beteiligung an Maßnahmen zur Stärkung des Friedens in Europa.

3. Man sollte den Vorschlag im Entwurf der Grundsatzerklärung von Gen. Stoph zur unverzüglichen Einigung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die Eröffnung von Botschaften und den Austausch von Botschaftern gründlich abwägen. Bekanntermaßen haben die Führer der Bruderparteien bei ihrem im Dezember 1969 abgehaltenen Treffen die Möglichkeit der Behandlung eines solchen Vorschlages unterlassen, obwohl dieser offensichtlich auch alle anderen sozialistischen Länder betrifft, die in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der BRD von der bei diesem Treffen bekräftigten Warschauer Übereinkunft ausgehen. Natürlich müssten vor der Unterbreitung eines derartigen Vorschlages durch die deutschen Freunde zusätzliche Beratungen vorgenommen werden.

4. Allem Anschein nach wäre es zielführend beim Treffen selbst sowie in der entsprechenden Propaganda, die Positionen der BRD in den folgenden, von Bonn umfassend in den Vordergrund gerückten, Fragen argumentativ und aktiv bloßzustellen.

a) „Die Einheit der deutschen Nation“. Diesbezüglich bieten die Richtlinien des VII. SED-Parteitag eine gute Grundlage. Die Schuld für die Teilung des Landes und der Nation liegt beim westdeutschen Imperialismus und den Westmächten.

Es scheint uns, dass der soziale Aspekt und die diametrale Gegensätzlichkeit der Gesellschaftssysteme der DDR und der BRD in den Vordergrund gerückt werden müssen, damit nicht die Illusion entsteht, dass es auf der Grundlage der „Friedenspolitik“ und im Falle eines Austrittes beider deutsche Staaten aus den Militärblöcken sowie der Einrichtung einer Neutralität zu einer möglichen Annäherung und darauffolgenden Vereinigung kommen könne.

b) Der „besondere Charakter“ der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. In den Verhandlungen mit der BRD und in der Propaganda ist es nützlich, darauf zu verweisen, dass der Sinn der These über die „besonderen“ Beziehungen darin bestünde, die Kanäle für Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der DDR offenzuhalten, ihre Souveränität und Selbstständigkeit zu verletzen und das größere wirtschaftliche Potenzial der BRD für sozialismusfeindliche Aktivitäten zu nutzen.

Hält man sich strikt an den Inhalt und den Geist der Abkommen der vier Mächte, so findet sich darin nichts, was die DDR und die BRD daran hindert, einander gegenseitig als das anzuerkennen, was sie in Wirklichkeit sind, nämlich Subjekte des internationalen Rechts. Die BRD verweigert dies de facto und beruft sich dabei auf die Pariser Verträge aus dem Jahre 1954, die jedoch den sozialistischen Ländern keinerlei Verpflichtungen auferlegen können.

Die Haltung Brandts in dieser Frage ist inkonsistent. Weil die westdeutsche Regierung die Tatsache der Existenz der DDR als unabhängigen und selbstständigen Staat anerkannt hat, gibt es keine Grundlage mehr für ihren Anspruch auf die Unterhaltung von „besonderen“ Beziehungen zur DDR.

c) Über die These: Die DDR ist „kein Ausland“. Die Haltung Brandts in dieser Frage ist widersprüchlich: Einerseits spricht er von der Achtung der Grenze zwischen der DDR und der BRD, andererseits erklärt er, dass diese beiden Staaten angesichts ihrer „besonderen Beziehungen“ zueinander für den jeweils anderen „kein Ausland“ darstellen können. Diese beiden widersprüchlichen Behauptungen können nicht in Einklang gebracht werden. Indem die Regierung der BRD die These über das „Nicht-Ausland“ in den Vordergrund rückt, unternimmt sie den Versuch, die Staatlichkeit der DDR – ihre Grenzen, die Staatsangehörigkeit, das Visaregime u. Ä. – in Zweifel zu ziehen.

5. Es wird zudem notwendig sein darüber nachzudenken, wie die Spekulationen Bonns rund um die Frage einer „Erleichterung der humanitären Beziehungen“ zwischen der BRD und der DDR entlarvt und neutralisiert werden können.

Die Regierung Brandt hat keinen Bruch mit der früheren Politik vollzogen, sie versucht, die Gefühle der Menschen für bestimmte politische Ziele zu nutzen. Wäre sie wirklich an einer Lösung der Fragen von humanitären Beziehungen interessiert, so könnte sie dies auf einer Grundlage tun, die in den Beziehungen zwischen souveränen Staaten üblich ist.

6. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat Brandt beim Treffen in Erfurt noch nicht das letzte Wort gesprochen und verfügt demnach noch über weitere Optionen. In Kassel könnte man Brandt deutlich zu verstehen geben, dass die DDR einer Verbesserung der Beziehungen mit der BRD zulasten ihrer grundlegenden Interessen nicht zustimmen wird. Sollte die Führung der BRD für eine Entscheidung über eine Normalisierung der Beziehungen mit der DDR auf prinzipieller Grundlage noch nicht bereit sein, müsste man sich wohl, wie von den Freunden vorgeschlagen, für eine Verhandlungsunterbrechung aussprechen.

7. Wie uns scheint, sollten die deutschen Freunde bereits jetzt über die Ausarbeitung einer taktischen Linie für die Zeit nach dem Treffen in Kassel nachdenken. Diese Linie sollte unserer Meinung nach zwei grundlegende Aspekte berücksichtigen: a) Brandt sollte keine Möglichkeit geboten werden, die DDR als ein Land darzustellen, welches das Erreichen einer Regelung der Beziehungen zwischen den zwei deutschen Staaten verhindert; b) Brandt darf die DDR nicht in einen langfristigen gesamtdeutschen Dialog mit für ihn vorteilhaften Positionen hineinziehen.

8. Die in den Verhandlungen der Sowjetunion und der DDR mit der BRD angesprochenen Fragen sind sehr wichtig. Wir werden die deutschen Freunde auch weiterhin ständig über unsere Kontakte mit der Regierung Brandt auf dem Laufenden halten und gehen natürlich davon aus, dass auch die deutschen Freunde ihre Informationen und Überlegungen mit uns teilen.

Die Unterlagen zu den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der BRD werden gesondert vorgelegt.

Über das Gespräch mit W. Ulbricht zu den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der DDR mit Westdeutschland*

Im Zuge der für den 15. Mai d. J. vorgesehenen Beratungen mit den deutschen Freunden wäre es zielführend, ihre Bewertung des Zustands und der Perspektiven der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in Erfahrung zu bringen. Bekanntermaßen erwarten die westdeutschen Regierungskreise, dass sie diese Beziehungen mittels vielfältiger Förderung ihrer Entwicklung dazu benutzen können, politischen und ideologischen Druck auf die DDR auszuüben und den Erhalt der besonderen „innerdeutschen“ Beziehungen zu sichern. Diese Linie bestätigte sich beim Treffen W. Brandts mit W. Stoph in Erfurt, wo von westdeutscher Seite der weitere Ausbau des Handels, der Kooperationsverbindungen und die Zusammenarbeit beider deutscher Staaten auf den Märkten von Drittstaaten vorgeschlagen wurden. Entsprechend der vorliegenden Angaben wird Brandt Fragen dieser Art auch beim Treffen in Kassel zur Sprache bringen. (Siehe das über KGB eingegangenes Chiffretelegramm Nr. 20039/2943 aus Berlin vom 12. Mai 1970).

Unter Berücksichtigung der politischen Kalkulationen der Regierung Brandt wäre es wünschenswert, den deutschen Freunden zu empfehlen, den Handelsabkommen mit der BRD und der Ausweitung der betrieblichen Kooperation mit westdeutschen Firmen mit größerer Vorsicht zu begegnen, um dadurch keinerlei Abhängigkeit der sozialistischen Wirtschaft der Republik von Lieferungen aus der BRD zuzulassen und die DDR von der Ausbreitung eines feindseligen Einflusses aus Westdeutschland abzuschirmen. In den Wirtschaftsbeziehungen mit der BRD müssen die Freunde eine rationale Zurückhaltung an den Tag legen und die Märkte anderer Länder umfassender nutzen. Die vorliegenden Informationen über den Abschluss eines Kreditabkommens der DDR mit einer französischen Bank zeugen von den diesbezüglich wachsenden Möglichkeiten der Freunde.

Es muss berücksichtigt werden, dass sich die Freunde bei der Ausweitung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der BRD in der Regel darauf berufen, dass dies für sie eine notgedrungene Maßnahme sei, weil die DDR die schnell wachsenden Bedürfnisse ihrer Wirtschaft an Rohstoffen, Materialien, Maschinen und Anlagen nicht mit Lieferungen aus der UdSSR und den anderen Bruderländern decken könne.

In den Jahren 1968 und 1969 baten die deutschen Freunde, die Lieferungen von Maschinen und Anlagen, gewalztem Stahl und von Buntmetallen sowie einiger anderen Waren aus der UdSSR erheblich zu steigern. Außerdem wandten sie sich an die polnischen Freunde mit Bitten um eine Erhöhung der Lieferungen von Steinkohle. Aus einer Reihe von Gründen wurde den Bitten der deutschen Freunde nicht vollständig entsprochen. Danach kam es, wie sich jetzt herausstellt, zu einem Anstieg von Ankäufen genannter Waren durch die DDR auf den Märkten der BRD. Im Jahre 1969 erwarb die DDR in Westdeutschland Waren der Eisen- und Stahlindustrie in einem Wert von 209,5 Mio. DM (1968: 117,5 Mio. DM), Produkte der Buntmetallurgie für 301,8 Mio. DM (1968: 130,9 Mio. DM) und Steinkohle für 60,2 Mio. DM (1968: 10,8 Mio. DM). Der Ankauf von Maschinen und Anlagen durch die DDR in der BRD erhöhte sich im Jahre 1969 im Vergleich zu 1968 um das 1,4-fache und erreichte eine Summe von 356 Mio. DM (15,7 Prozent des Gesamtimports der DDR aus der BRD).

Unter diesen Bedingungen können unsere Wünsche an die Freunde über die Wahrung einer gewissen Zurückhaltung bei der Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen mit der BRD lediglich eine zeitlich begrenzte Wirkung haben. Eine weitaus zuverlässigere Garantie für die Lösung des Problems wäre die Einrichtung einer Koordination der Handels- und Wirtschaftspolitik zwischen

* RGANI, F. 3, op. 72, d. 337, S. 84–90. – Anlage zu Punkt 5 des Prot. Nr. 163. – 12. Mai 1970. Nr. 15-D-823.

der UdSSR und der DDR gegenüber der BRD. Der Vorschlag zur Aufnahme einer solchen Koordination als wichtige Maßnahme zur Stärkung der Position der DDR in den Beziehungen mit der BRD wurde den Freunden im Juli 1969 durch den sowjetischen Botschafter überreicht (P131/70 vom 25. Juli 1969). Eine Antwort auf diesen Vorschlag seitens der Freunde erfolgte jedoch nicht.

Allem Anschein nach bestehen innerhalb der Führung des ZK der SED Schwierigkeiten bei der Lösung dieser Frage. Der Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen des ZK der SED, P. Markowski, sagte in einem inoffiziellen Gespräch, dass die Einrichtung einer Koordination der Handels- und Wirtschaftspolitik der UdSSR und der DDR mit der BRD eine prinzipielle politische Frage darstelle, deren Lösung einzig im Falle einer Erörterung auf höchster Ebene vorangebracht werden könne.

Unserer Meinung nach würde die Einrichtung einer Koordination der Außenhandelspolitik zwischen der UdSSR und der DDR in Ergänzung zu den Maßnahmen für die weitere Annäherung der Wirtschaft der DDR und der Sowjetunion die Gefahr der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Republik von der BRD beseitigen und die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD schrittweise auf eine allgemein gültige, international-rechtliche Grundlage stellen.

Ein solches Vorgehen wird höchstwahrscheinlich auf das entsprechende Verständnis seitens der anderen Bruderparteien und dabei insbesondere der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei stoßen, welche bekanntermaßen angesichts der politischen Folgen des Anwachsens der Wirtschaftsbeziehungen der DDR mit Westdeutschland ernsthaft besorgt ist.

Eine Koordination der Handels- und Wirtschaftspolitik von UdSSR und DDR gegenüber der BRD würde unter anderem Folgendes vorsehen:

- Den Austausch von Informationen über die Handelssituation mit Westdeutschland und ein gemeinsamer Widerstand gegen die Versuche der BRD, die wirtschaftlichen Verbindungen für die eigenen politischen Ziele zu nutzen;

- Ein abgestimmtes Auftreten der UdSSR und der DDR auf den Märkten Westdeutschlands und Westberlins;

- Eine engere Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DDR innerhalb der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Sektoren, allseitige Berücksichtigung der dringendsten Erfordernisse für die wirtschaftliche Entwicklung beider Länder und nach Möglichkeit die gänzliche Deckung ihrer Bedürfnisse durch die Ressourcen der sozialistischen Gemeinschaft;

Die Koordinierungsfunktion könnte man der Paritätischen Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DDR übertragen, wobei die Minister für Außenhandel als stellvertretende Vorsitzende des sowjetischen und des aus Vertretern der DDR bestehenden Teils der Kommission eingesetzt werden sollen.

Im Falle einer prinzipiellen Zustimmung der deutschen Freunde könnten die konkreten Fragen von den entsprechenden Vertretern der UdSSR und der DDR im Rahmen der Paritätischen Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit erörtert werden.

In Anbetracht der Komplexität der vorliegenden Fragen wäre es wünschenswert, ein diesbezügliches Gespräch mit einem kleinen Kreis der Delegation der DDR zu führen.

Wir bitten um Prüfung.

Ein Bericht über die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der BRD liegt bei.

K. Katušev B. Ponomarev A. Gromyko O. Rachmanin

Über die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der BRD (Bericht)

Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der BRD beruhen auf dem Abkommen „Über den Handel zwischen dem Währungsgebiet der ostdeutschen Mark und dem Währungsgebiet der westdeutschen Mark“ aus dem Jahr 1951, das 1968 auf Grundlage einer gemeinsamen Übereinkunft bis zum Jahre 1975 in Kraft zu belassen ist, obwohl dieses in politischer Hinsicht nicht zufriedenstellend ist, weil es zur Gänze auf dem Prinzip besonderer „innerdeutscher“ Beziehungen fußt. Die Situation könnte sich mit dem Abschluss eines neuen Handelsabkommens zwischen der DDR und der BRD auf allgemeingültiger völkerrechtlicher Basis grundlegend ändern. Allerdings sind die deutschen Freunde wohl kaum bereit, sich darauf einzulassen. Der Angelpunkt liegt darin, dass der „innerdeutsche“ Charakter des Handels mit der BRD für die DDR erhebliche wirtschaftliche Vorteile mit sich bringt: gemäß westdeutschen Berechnungen beliefen sich diese Vorteile für die DDR im Jahre 1969 auf 400 Mio. DM.

Gegenwärtig entfallen rund 11 Prozent des gesamten Außenhandels der DDR auf die BRD (der Anteil der UdSSR liegt bei 43 Prozent). Das Handelsvolumen der DDR mit der BRD einschließlich Westberlins erreichte im Jahre 1969 3,77 Mrd. DM. Im Vergleich mit 1968 lag der Anstieg bei 31 Prozent, während es von 1967 bis 1968 zu einem Anstieg von 6 Prozent kam.

Mit großer Geschwindigkeit erhöhen sich auch die Lieferungen von Maschinen und Anlagen aus der BRD. Der Umfang dieser Lieferungen vergrößerte sich im Jahre 1969 um 39 Prozent und lag bei 356 Mio. DM, was 15,7 Prozent des gesamten westdeutschen Exports in die DDR ausmacht. Einen besonderen Anstieg verzeichneten die Lieferungen von aus der BRD importierten Maschinen für die Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen sowie von Anlagen für die Nahrungsmittel- und Textilindustrie.

Die Lieferungen an Buntmetallen aus der BRD haben sich mehr als verdoppelt und lagen im Jahre 1969 bei 302 Mio. DM.

Insgesamt entfallen fast zwei Drittel aller westdeutschen Exporte in die DDR auf Maschinen und Anlagen, auf Buntmetalle, Walzprodukte und Produkte der chemischen Industrie.

Im Jahre 1969 kam es zu einem deutlichen Anstieg der Lieferungen von Steinkohle aus der BRD in die DDR (von 11 auf 60 Mio. DM). Angesichts ungünstiger Wetterbedingungen erhöhte die DDR zudem den Ankauf von Futtermitteln und Fleischerzeugnissen. Im Jahre 1969 wurde in der BRD Fleisch für 50 Mio. DM eingekauft.

Auch die DDR erhöhte ihren Export von Maschinen und Anlagen in die BRD, darunter metallverarbeitende Werkbänke, Papiermaschinen und Buchdruckanlagen. Im Jahre 1969 wuchs dieser auf 200 Mio. DM an und machte 12,6 Prozent des gesamten Exportumfangs der DDR in die BRD aus.

Für den Export aus der DDR in die BRD ist ein rasches Anwachsen des Anteils an industriellen Finalproduktionen charakteristisch. Eine wesentliche Bedeutung kommt dabei den Lieferungen von Erzeugnissen der Textil- und Konfektionsindustrie (20 Prozent des Exports der DDR in die BRD) und der landwirtschaftlichen Produktion (24,8 Prozent) zu. Ein wenig zurückgegangen sind die Lieferungen von Braunkohle aus der DDR in die BRD.

Laut den Einschätzungen der BRD wird der Anstieg des Warenumsatzes mit der DDR im Jahre 1970 bei ungefähr 15 Prozent liegen, sodass das Gesamthandelsvolumen 4 Mrd. DM übersteigen wird.

Die Entwicklung des Handels zwischen der DDR und der BRD ist nicht nur von einem allgemeinen Anstieg des Warenverkehrs, sondern auch von einem erheblichen Rückstand des Liefervolumens der DDR im Vergleich zu jenem der BRD gekennzeichnet. Nach Angaben der BRD betrug die Verschuldung der DDR im Handel mit Westdeutschland im Jahre 1969 rund 700 Mio. DM, während die Gesamtverschuldung der DDR gegenüber der BRD bei über einer Mrd. DM liegt.

Ein besonderes Interesse bekundet die BRD an einer Ausweitung der industriellen Kooperation mit der DDR. Im April 1970 wurde ein Abkommen unterzeichnet, auf dessen Grundlage das westdeutsche Staatsunternehmen „Salzgitter“ gemeinsam mit anderen Konzernen der BRD in der DDR ein Werk zur Herstellung von Elektrostahl mit einer Produktionskapazität von 250.000 Tonnen [pro Jahr] errichten wird. Zudem ist der Bau eines zweiten, noch leistungsstärkeren Werks vorgesehen.

In letzter Zeit führt die DDR mit der BRD Verhandlungen zu Fragen des Transports und des Postverkehrs. Unterzeichnet wurde ein Abkommen über eine Teilregelung im Bereich des Post- und Fernmeldewesens zwischen der DDR und der BRD. Gemäß diesem Abkommen verpflichtet sich die BRD gegenüber der DDR zu Ausgleichszahlungen für Postdienstleistungen in Höhe von 30 Mio. DM jährlich (für den Zeitraum von 1969 bis 1973). Vorgesehen ist die Einrichtung von 40 neuen Telefon- und 16 Fernschreiberverbindungen zwischen der DDR und der BRD.

Konkrete Verhandlungsergebnisse in Fragen des Transports wurden bislang noch nicht erzielt.

Aufmerksamkeit verdient der Umstand, dass die deutschen Freunde in letzter Zeit ihre offizielle Haltung in der Frage der Wirtschaftsbeziehungen mit Westdeutschland ein wenig änderten. Traten die Freunde früher für eine [interne] Abstimmung und Koordination der Wirtschaftspolitik der sozialistischen Länder in ihren Beziehungen mit kapitalistischen Ländern ein, so teilte Gen. W. Ulbricht auf einer am 19. Januar d. J. in Berlin abgehaltenen Pressekonferenz Folgendes mit: „Welche Wirtschaftsbeziehungen die einzelnen sozialistischen Länder mit kapitalistischen Ländern unterhalten, ist ihre Sache... Wir trennen die Fragen der politischen Beziehungen bewusst von denen der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen.“

Über organisatorische Maßnahmen im Zusammenhang mit den bilateralen Beratungen führender politischer Persönlichkeiten der UdSSR und der DDR zu bevorstehenden Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD in Kassel*

1. Mit der Abholung und Verabschiedung der Gen. W. Stoph, E. Honecker und O. Winzer sind die Gen. K. F. Katušev und N. A. Tichonov zu beauftragen.

2. Mit dem Empfang für die Führung der DDR ist die Abteilung des ZK der KPdSU zu betrauen; die Versorgung und der Geleitschutz liegt beim Komitee für Staatssicherheit des Ministerrates der UdSSR.

Die deutschen Genossen sind im staatlichen Gästehaus auf den Leninbergen unterzubringen.

3. Die organisatorische und technische Durchführung der bilateralen Beratungen ist der Allgemeinen Abteilung des ZK der KPdSU und der Abteilung des ZK der KPdSU zu übertragen.

4. Zu Ehren der Führung der DDR ist ein Mittagessen im Katharinensaal des Großen Kremlparks zu veranstalten. Auf sowjetischer Seite werden jene Genossen zum Mittagessen eingeladen, die an den Verhandlungen teilnehmen.

5. Der Entwurf der Pressemitteilung über die Ergebnisse des Treffens ist grundsätzlich zu bestätigen (beiliegend). Dem Außenministerium der UdSSR ist die Erlaubnis zu erteilen, bei der Abstimmung des Entwurfs mit den deutschen Freunden redaktionelle Änderungen vorzunehmen.

6. Die im Zusammenhang mit dem Empfang der Führung der DDR und von deren Begleitpersonen anfallenden Kosten sind aus den Mitteln des Reservefonds des Ministerrates der UdSSR zu begleichen.

* RGANI, F. 3, op. 72, d. 337, S. 91f. – Anlage zu Punkt 5 des Prot. Nr. 163.

Entwurf einer Pressemitteilung

Am 15. Mai fanden in Moskau auf höchster Partei- und Regierungsebene Beratungen zwischen den Vertretern der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik statt. An den Beratungen nahmen teil: auf sowjetischer Seite – der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gen. L. I. Brežnev, das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, Gen. A. N. Kosygin, der Sekretär des ZK der KPdSU, Gen. K. F. Katušev, das Mitglied des ZK der KPdSU und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Gen. A. A. Gromyko, das Mitglied des ZK der KPdSU und Botschafter der UdSSR in der DDR, Gen. P. A. Abrasimov; auf Seite der DDR – der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Gen. Walter Ulbricht, das Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Gen. Willi Stoph, das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Gen. E. Honecker, das Mitglied des ZK der SED und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Gen. Otto Winzer.

Beide Seiten nahmen einen Meinungsaustausch über eine Reihe von Fragen vor, die die Ausweitung und Vertiefung der umfassenden Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik betreffen sowie aktuelle internationale Probleme, einschließlich der Frage der Gewährleistung der Sicherheit in Europa.

Als Ergebnis der Beratungen, die in einer Atmosphäre der Herzlichkeit und des gegenseitigen brüderlichen Verständnisses verliefen, wurde eine völlige Übereinstimmung der Sichtweisen und Bewertungen zu sämtlichen erörterten Fragen konstatiert. Die Teilnehmer des Treffens brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, auch zukünftig mit allen Mitteln zu einer Stärkung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten und Völkern, zu einer Festigung der Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft auf den Prinzipien des Marxismus und Lenismus und zu einer engen Kooperation der Sowjetunion, der DDR und der anderen Bruderstaaten auf internationaler Ebene im Interesse des europäischen und weltweiten Friedens beitragen zu wollen.